

# OCHSEN, LKW & EIN LOCH IM BUDGET

Der Austritt Großbritanniens reißt ein riesiges Loch ins EU-Budget. Jetzt will die kleinere Union noch mehr Geld ausgeben und uns tiefer in die Tasche greifen. Wie wär's mal mit Sparen, meine Herrschaften?

**E**s war ein ganz normaler Donnerstag, als es geschah. Das Wetter war trüb, ein Eisregen begrüßte die illustren Gäste, die sich am Eingang des Brennerbasistunnels versammelt hatten. In bewegten Worten beklagte der Tiroler Landeshauptmann Platter vor den prominenten Anwesenden, unter ihnen die grüne Verkehrsministerin Leonore Gewessler und ihre italienische Kollegin Paola De Micheli, dass „allein in den vergangenen vier Jahren der Transitverkehr über den Brenner trotz Notmaßnahmen um 20% zugenommen“ habe. Dies könne so nicht weitergehen. Danach erklimmte die frisch gekürte EU-Kommissarin für Verkehr, Adina Vălean, das Rednerpult. In Erwartung konstruktiver Vorschläge aus berufenem Munde lauschten die versammelten Gäste. Anstatt Verständnis für die bedrängten Älpler zu zeigen, rüffelte Frau Vălean in schroffem Ton Platters Maßnahmen, die der enormen Belastung durch den Transitverkehr abhelfen sollen. „Der Brennerkorridor gehört nicht nur den Bewohnern Tirols, er gehört auch den anderen Europäern“ verkündete sie gestreng, und setzte noch eins drauf: Würde diesen Bestimmungen nicht Folge geleistet, möge Österreich eben aus dem Binnenmarkt ausscheiden.

Aus dem Munde einer rumänischen Lehrerin, in deren Heimat viele Straßen keine Asphaltdecke aufweisen, wo man an allen Ecken und Enden Ochsen- und

Eselskarren ausweichen muss, klingt diese Expertise zu Verkehrsfragen befremdend.

Die Antworten aus Tirol werden hoffentlich nicht an die Auslassungen Andreas Hofers anno 1809 herankommen. Das diplomatische Meisterstück der forschenden Kommissarin ist typisch für die heillose Arroganz abgehobener Brüsseler Autokraten. Angesichts des Ausmaßes an Unfrieden, den man stiftet, entlarvt es auch den Aberglauben vom „Friedensprojekt EU“. Im Übrigen fällt Frau Vălean ihrer von Sendungsbewusstsein geblähten Chefin in den Rücken. Sie stützt mit blindgläubigem Festhalten an der aus dem Jahre 1985 stammenden Doktrin vom freien Warenverkehr das Gegenteil dessen, was der billionenschwere „Green Deal“ Frau von den Leyens erreichen soll: eine Verminderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Diese und viele andere Widersprüche entlarven den Brüsseler Zirkus als heillos durcheinanderwuselnde Laienspieltruppe.

Im Zuge des jüngst krachend gescheiterten EU-Gipfels zur Budgetfrage lieferte Tschechiens Ministerpräsident Andrej Babiš, nebenberuflich Milliardär, wegen Verdacht, auf Steuerbetrug 2017 eine Zeitlang in Karenz, einen weiteren Beweis für die vielbeschworene Einigkeit. „Ich weiß nicht, warum wir überhaupt gekommen sind, wenn die Gruppe sagt, sie will höchstens ein Prozent der Wirtschaftsleistung



zahlen.“ Der Bettel von 2,39 Milliarden Euro für Tschechien sei zu dürftig, klagte er gemeinsam mit Polen und Ungarn, als die Gruppe der „Sparsamen Vier“ (Niederlande, Dänemark, Österreich, Schweden) sich weigerte, mehr als 1,0% des BIP in die EU-Kasse zu überweisen.

Anlässlich dieser Großmäuligkeit erscheint es ratsam, die Frage der Verwendung der Gelder der EU einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Der Austritt Britanniens reißt ein 13-Milliarden-Euro-Loch ins EU-Budget. Der Reflex besteht wie immer darin, schlafwandlerisch in die Kassen der Beitragszahler zu greifen.

## KLIMARETTUNG ALS MORALISCH PARFÜMIERTER VORWAND.

Das jüngst von Frau von der Leyen verkündete Weltklima-Rettungsprogramm dient dazu als moralisch parfümiertes Feigenblatt. Inmitten all dieser Seltsamkeit trabt Ritter Karas ohne Fehl und Tadel, vergleichbar Don Quixote, auf seiner klapprigen, mit Brüsseler Heu gefütter-

**DER ZÜGELLOSE  
TRANSIT SABOTIERT  
ALLE BEMÜHUNGEN  
UM EINE  
CO<sub>2</sub>-REDUKTION**



## QUERGEDACHT

DI DR. KLAUS WOLTRON

ten Rosinante einher und ficht wacker gegen unser Land und die Position der Partei, die ihn entsandte. Der letzte Strohalm, der uns davor rettet, dort nicht der völligen Bedeutungslosigkeit zum Opfer zu fallen – das Einstimmigkeitsprinzip –, möge seiner Meinung nach alsbald abgeschafft werden. Außerdem seien unsere Zahlungen um etliche hundert Millionen Euro pro Jahr unverzüglich zu erhöhen, um die hehren Aufgaben der EU nicht verkommen zu lassen. Zum Vergleich: Beim Pensionsgipfel 2019 haben ÖVP, SPÖ und FPÖ eine Anpassung vereinbart. Die Kosten wurden mit 367,6 Mio. € für 2020 angegeben. Gemäß dem Vorschlag der EU-Kommission vom Jahresende müssten wir ab 2021 fast 600 Millionen mehr (plus jährliche Inflationsanpassung) zahlen. Allein mit dieser Summe hätte man das Pensionsgeschenk vom Sommer 2019 um ca. 60% verbessern können.

Es ist falsch, Beiträge zu erhöhen, wenn es eng wird. Zuerst möge man Ausgaben reduzieren, um Polen, Ungarn, Tschechien, Frau Vălean und andere daran zu erinnern, wo die Musik in Wirklichkeit spielt: in der Kasse.

### OCHSENKARREN DA, TRANSITLAWINEN BEI UNS. Nur ein Beispiel für die Missverhältnisse in der EU.

Dazu fällt mir spontan der Zusammenbruch unserer Staatsindustrie in den 80er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts ein. Manche versuchten, der Malaise zu entkommen, indem sie sich sofort auf neue Produktfelder vorwagten – allein, sie verloren noch mehr Geld und versanken immer tiefer in Schulden. In der Not folgten andere der alten Kaufmannsweisheit „Gewinne erzielt man am besten durch Vermeidung von Verlusten“. Man kappte Verwaltungskosten, ließ unrentable Produkte auf, kündigte unfähige Manager, beförderte die tüchtigsten Mitarbeiter. Siehe da! Nach wenigen Jahren blühten die Gesellschaften auf, konnten sich gesunden neuen Ufern zuwenden und wieder Arbeitnehmer einstellen. Was aber geschieht in Brüssel? Trotz des Wegfalls des Kunden und Zahlers Großbritannien breitet man sich munter weiter aus, plant sogar noch eine Erhöhung der Administrationskosten um 20%, bugsiert Versager auf Spitzenposten und erstellt Programme, ohne ihre Finanzierbarkeit zu kalkulieren. Hätte ich als CEO dem Aufsichtsrat Derartige präsentiert – ich wäre nicht

nur alsbald gefeuert worden, sondern überdies dem Verdacht anheimgefallen, meine Zeugnisse wären gefälscht.

Wenn ein Bottich leckt, dreht man nicht den Hahn (Namensgleichheit zufällig) auf, um den Schaden auszugleichen, sondern dichtet das Loch sorgfältig ab.

Im konkreten Fall bedeutet dies, den Gelüsten der Polen, Ungarn und anderer Nehmerstaaten auf Extrawürste entgegenzutreten. Man ersuche sie, den Gürtel enger zu schnallen und den Langmut der Geberländer nicht allzu unverschämte in Anspruch zu nehmen. Weiters ist zu bedenken, inwieweit sich ein geschrumpfter Verein zusätzliche Programme leisten kann, wenn die aus dem Jahre Schnee stammenden Themen – Außengrenzschutz, Eindämmung der Korruption, Sicherheit, Verteidigung etc. – seit Jahren nicht abgearbeitet sind. Eine Gesellschaft, die sich immer neue Aufgaben aufbürdet, während ihr Spielraum drastisch sinkt, wird im Bankrott landen.

Das gilt auch für eine Staatengemeinschaft. Die Pleite wird dabei durch einen Aufstand der Mitglieder dargestellt. Dieser wird ohne Zweifel dann einsetzen, wenn erkennbar ist, dass auch die neuen Aufgaben, neben den alten, trotz laufend steigender Beiträge nicht erledigt werden.

Es gilt die alte Weisheit: „In der Beschränkung zeigt sich der Meister“ – und auch die Meisterin. ■